

Inhalt

Vorwort	3	Renteninformation	15
Viel Lärm um nichts?	4	Seniorenorganisationen:	
Neue Mitglieder	6	Alle Altersgrenzen auf den Prüfstand!	16
Unermüdlicher Einsatz für das		Reaktion auf „Leserbrief“	17
Zusammenwachsen von Ost und West	7	Zollinterner Sporttest beim Challenge/	
Gesundheitstag bei der BFD Mitte		Roth und IRONMAN/Regensburg	19
in Potsdam	11	Alkohol – für Frauen (k)ein Problem!?	21
Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße	13	Ansprechpartner	23
Wir gratulieren herzlich!	14		

Profitieren Sie vom Testsieger!



Seit Jahren bewertet der Wirtschaftsdienst **map-report** die Debeka Kranken- und Lebensversicherung mit Platz 1.

Geprüft wurden: Kundendienst, Vertrag und Bilanz.

Davon sollten Sie profitieren! Rufen Sie uns an.

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Lebensversicherungsverein a. G.

Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Ingo Puhl

Bezirksleiter

Gleditschstraße 38

10781 Berlin

Telefon (030) 22 67 9067

Telefax (030) 22 67 9068

Mobil (0172) 3 12 1270

Ingo.Puhl@debeka.de

Impressum

ZBB – Zoll und BImA, BADV, BZSt in Berlin & Brandenburg

Redaktion, Herausgeber und Anzeigenannahme

BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

www.bdz-bb.de

Chefredakteur: Uwe Büttner

Großbeerenstr. 341–345,

14480 Potsdam

Tel.: 03 31/64 61-5 94

Fax.: 03 31/64 61-5 99

e-mail: uwe.buettner@hotmail.de

Druck

druckhaus köthen GmbH

PSF 11 52, 06351 Köthen

Satz & Layout

Uwe Büttner

Fotos

mev, U.B., T.G., W.F.

Erscheinungsweise

vierteljährlich

Auflage

2500 Exemplare

Redaktionsschluß für 3/2011

31. August 2011

Die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernehmen Herausgeber und Redaktion keine Verantwortung.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema KLR/KLP sorgt auch heute noch immer wieder für Diskussionen. Auf den Leserbrief vom Kollegen Wolf in unserer Ausgabe 1/2011 gab es verschiedenste Reaktionen. Auch heute haben wir einen Leserbrief zu diesem Thema veröffentlicht – einmal aus der Perspektive der Controller.

Eine Anmerkung sei mir in diesem Zusammenhang erlaubt: In der Bundestagsdrucksache 17/5675 wird auf eine schriftliche Frage des Abgeordneten Florian Pronold bezüglich der Bemessungskriterien zur Personalausstattung der Zollverwaltung durch den parl. Staatssekretär Steffen Kampeter u. a. erläutert: „... Zur Umsetzung der vereinbarten (strategischen und operativen, d. Red.) Ziele wird auf allen Ebenen der Bundesverwaltung der effektive Einsatz der Sach- und Personalressourcen mit Hilfe einer so genannten Kosten- und Leistungsplanung beplant. Dabei greifen die Dienststellen bei der Planung auf quantitative und qualitative Daten der Kosten- und Leistungsrechnung zurück, die aus den Aufschreibungen der Bediensteten und der elektronischen Fachverfahren resultieren. Anhand dieser kann im Planungsprozess die Auslastung der einzelnen Arbeitsbereiche erkannt und flexibel auf Veränderungen und Ausstattung reagiert werden.“

Im Erlass III A 5–O 1075/10/10004:012 vom 27.05.2011 (Aufgakterlass KLP 2012) wird dann (abweichend von der vorgenannten Theorie?) festgelegt: „Für die Organisationseinheiten im Bereich der FKS ist ein bundesweiter Bedarfsansatz in Höhe von 6.696 AK zu berücksichtigen.“ Bei einem FKS-Soll in Höhe von 7.041 AK entspräche die Differenz fast genau der für 2012 durch die Bundeszollverwaltung zu erbringenden Stelleneinsparung in Höhe von 350 AK – und das in einem viele Jahre als priorisiert gegoltenen Bereich... . Wie lange wird unter diesen Umständen noch weiter auf Kosten der Beschäftigten (erhöhter Leistungsdruck) und der Steuerzahler (weniger Kontrollen = weniger Aufdeckung von (hier fiskalischen) Straftaten) an der Sparschraube gedreht?

Auf die Frage nach den durch KLR und KLP entstehenden Kosten erklärte Herr Kampeter übrigens an gleicher Stelle: „Die Kosten des laufenden Betriebs der KLR sowie der KLP werden nicht gesondert erfasst und können daher nicht ausgewiesen werden.“ Anders formuliert könnte man auch sagen: Hauptsache wir sparen – koste es was es wolle...

Viel Spaß beim Lesen der ZBB!
Ihr Uwe Büttner



Viel Lärm um nichts?

Auch wenn die Komödie von William Shakespeare nichts mit dem gemeinsamen Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in Swiecko/Polen gemein hat, erinnerte mich der GdP-Auftritt in der Presse sofort an Shakespeares Spiel mit dem „Sein“ und dem „Schein“.

Der stellvertretende Vorsitzende der GdP-Bundespolizei von Berlin/Brandenburg, Lars Wendland, forderte in einem Artikel in der Märkischen Oderzeitung vom 16.05.2011 die Schließung der erst 2007 neu eingerichteten Dienststelle, in der 64 Beamte von Bundes- und Landespolizei, polnischem Grenzschutz und polnischer Landespolizei und von deutschem und polnischem Zoll tätig sind.

Begründet wird diese Forderung mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen, die zu gesundheitlichen Beschwerden wie Kopfschmerzen, Hautreizungen oder Erkrankungen der Atemwege geführt hätten.

Wenn das so wäre und die polnische Hausverwaltung zumutbare Arbeitsbedingungen nicht gewährleisten kann, dann hätte die GdP recht.



Eine Gewerkschaft hat die Pflicht, auf Mängel im Arbeitsschutz und auf Unterlassungsünden der zuständigen Verwaltung hinzuweisen und auf Abänderung zu drängen. Eine Gewerkschaft kann, was Personalräte nicht dürfen, dazu sogar die Presse und die Politik mit einschalten.

Die Zeitungsmeldung ließ mich, wie auch andere Beschäftigte des Hauptzollamtes Frankfurt (Oder), aufhorchen. Gab es doch in der

Vergangenheit keine derartigen Hinweise unserer dort tätigen Zöllner, zumal es sich ja um ein relativ neues Dienstgebäude handelt.

Um diesen Widerspruch aufzulösen gab es nur Eines, sich ein eigenes Bild zu machen.

Bei meinem Besuch am 20.05.2011 fand ich ein nicht voll besetztes Lagezentrum und überall offene Türen vor. Die Außentemperatur betrug ca.





25 Grad und drinnen war es gefühlt durchaus zu ertragen. Im Lagezentrum war es relativ dunkel und durch die offenen Türen fühlte man eine leichte Luftbewegung. Die Räume und Flure waren hell, modern und sauber. Auch das Mobiliar und die Technik sahen nicht alt und heruntergekommen aus. Im Dienstraum unserer beiden Zöllner fand ich einen ähnlichen Zustand vor, ein Zimmer mit 2 Schreibtischen, in welchem man durchaus ordentlich arbeiten konnte. Mein erster Eindruck und der im Vergleich mit unserer etwas größeren Dienststelle in Polen, dem Zollamt in Swiecko II, fiel positiv aus. Aber da war ja noch das Problem mit der Klimaanlage. Die schien wirklich nicht richtig zu funktionieren, sonst wären die Türen im Lagezentrum und beim Leiter des Lagezentrums nicht ständig offen gewesen. Ein Blick hinter die Verkleidung der Heiz- und Kühlkörper zeigte eine Mineralwolleisolierung, die nicht versiegelt war und damit durchaus die Gefahr bestehen kann, wenn die Mineralwollefasern in die Luftzirkulation kommen, dass diese mit eingeatmet werden, was sicher nicht gut und nicht gesund ist! Das sollte auf jeden Fall recht schnell überprüft und durch bauliche Maßnahmen unterbunden werden.

Eine Frage hat sich mir jedoch gestellt, als ich erfuhr, dass diese Mängel nach einer Arbeitsstättenbegehung im Jahre 2009 festgestellt und in einer erneuten Begehung am 13.04.2011 als nach wie vor existent vorgefunden wurden.

Warum war es nicht möglich, in einem Zeitraum von fast 2 Jahren die Probleme zu beseitigen?

In diesem Punkt hat die GdP recht mit ihrer Kritik. Doch die Antwort darauf sollte man doch auch vor Ort bei den zuständigen Leuten suchen, bevor man die „großen Geschütze“ auffährt und das hat die GdP nie getan!

Nach Auskunft des Leiters des Lagezentrums gab es bisher mehrere Faktoren, die eine schnelle Lösung des Problems fast ausgeschlossen. Was auf deutschem Gebiet in einer Bundes- oder Landesbehörde wegen eindeutiger Vorschriften und Zuständigkeiten relativ schnell regelbar wäre, ist erfahrungsgemäß auf polnischem Hoheitsgebiet längst nicht so. Denn dort enden die deutsche Zuständigkeit und das deutsche Recht. Erschwerend wirkte sich hierbei der mehrmalige Eigentümerwechsel der Liegenschaft, welcher nun beim



polnischen Grenzschutz endete, aus. Der polnische Grenzschutz unterliegt derzeit jedoch strengsten Sparmaßnahmen, die nur mit Billigung des Innenministeriums in Warschau zugunsten dieser Maßnahme, aber zu Lasten einer anderen Maßnahme, erfolgen kann. Finanzielle Geschenke der deutschen Seite zur Behebung des Problems dürften sich auch in Grenzen bewegen, da derartige Ausgaben zwingend eine Zuständigkeit voraussetzen und damit auch in keinem Haushalt geplant sind noch geplant sein dürften.

Aus unseren Erfahrungen mit Dienststellen auf polnischem Territorium, und hier insbesondere in Swiecko I und II, wo seit 1996 unser Zollamt Autobahn untergebracht ist, und wo es in der Vergangenheit viel „Kampf“ um Verbesserungen der Arbeitsbedingungen gab, haben wir die Schlussfolgerung gezogen, dass vertrauensvolle Zusammenarbeit mehr bringt als großes „Säbelrasseln“. Der öffentliche Hinweis des SPD-Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gunkel auf „unhaltbare Zustände“ und seine Absicht das Thema im Bundestag anzusprechen sowie die Ankündigung, dass Innenminister Woidke die Mängel am Grenz-

terminal persönlich prüfen will, dürften auf polnischer Seite mehr Unverständnis als Investitionsbereitschaft zur Folge haben, da es sich im Vergleich zu eigenen Dienststellen in Polen oder zum Zollamt in Swiecko II um ein Top-Dienstgebäude handelt.

Und trotzdem ist es richtig, alles zu tun für die Gewährleistung vernünftiger Arbeitsbedingungen für unsere Beschäftigten! Es sollte nur zielführend sein!!

Wir werden die weitere Entwicklung beobachten und ggf. erneut berichten.

Andreas Schwenke



***Wir begrüßen als neue Mitglieder
folgende Kolleginnen und Kollegen:***

Sabine Heiber

OV Cottbus

Antonia Stenzel

OV Potsdam

Dieter Kaden

OV Frankfurt (Oder)

Klaus Ebner

OV Potsdam

Unermüdlicher Einsatz für das Zusammenwachsen von Ost und West

Nach über 20 Jahren fehlt nun das „weiße Haupt“ von Wolfgang Fischer in der Bundesleitung des BDZ. Zum 29. Gewerkschaftstag in Magdeburg kandidierte er nicht mehr und beendete damit sein gewerkschaftliches Wirken in diesem Gremium.

Der alte und neue Bundesvorsitzende Klaus H. Leprich nutzte den Gewerkschaftstag, um Wolfgang Fischer zu verabschieden und sein Engagement in der Bundesleitung und im BDZ zu würdigen. Dabei hob er seinen entscheidenden Anteil am gewerkschaftlichen Einigungsprozess zwischen Ost und West, seinen uner müdlichen Einsatz für eine Integration der ehemaligen Beschäftigten der DDR-Zollverwaltung auf Augenhöhe und für hohe soziale Standards in der gesamten Bundesfinanzverwaltung hervor.

Wolfgang Fischer begann 1971 seine Zöllnerlaufbahn bei der DDR-Zollverwaltung als Kontrolleur beim Grenzzollamt Gerstungen. 1973 wurde er durch die DDR-Zollverwaltung, wie es damals üblich war, zum Jura-Studium nach Jena delegiert. Von 1977 bis 1981 war er nach erfolgreichem Studienabschluss wieder in Gerstungen in den verschiedensten Leitungsfunktionen tätig, bis er mit Gründung des Instituts der Zollverwaltung der DDR zum 1. August 1981 in Plessow seine neue Wirkungsstätte aufsuchte. Hier wirkte er bis zur Wende in verschiedenen Funktionen.

Noch deutlich vor der Wiedervereinigung, nämlich im Januar 1990 nahm er Kontakt zum BDZ in Bonn auf. Er sah im Aufbau einer Zollgewerkschaft ein demokratisches und rechtlich fundiertes Mittel der aktiven Einflussnahme, um im Prozess der Vereinigung

und der damit offen stehenden Fragen einer zöllnerischen Zukunft für die DDR Zöllner, ein gewichtiges Sprachrohr für die Übernahme der ehemaligen DDR-Zöllner in die Bundeszollverwaltung zu schaffen. Schnell war ihm klar, dass es nur eine gewerkschaftliche Kraft in der Bundeszollverwaltung gibt, die sich für diese hohen Ziele erfolgreich einsetzen kann. Nach ersten persönlichen Kontakten mit dem damaligen Bundesvorsitzenden des BDZ, Richard Müller, und dem damaligen HPR-Vorsitzenden, Eduard Gries, sowie dem gesamten Bundesvorstand des BDZ am 23.01.1990 in Berlin war klar, dieses gewichtige Gremium steht mit seinen führenden Persönlichkeiten für den Aufbau der neuen Zollverwaltung in den neuen Bundesländern mit den noch DDR-Zöllnern unter Wahrung ihrer persönlichen und beruflichen Interessen.

Von Stund an ging es in rasantem Tempo an die Vorbereitung der Gründung einer Gewerkschaft für die Zöllner in der noch bestehenden DDR.

Mit einer kleinen Arbeitsgruppe um Wolfgang Fischer und Ingo Puhl wurde unter tatkräftiger Unterstützung des BV Berlin (noch West), besonders der Kollegen Thomas Schmidt (leider schon verstorben) und Klaus Dieter Schulz, der Gründungsgewerkschaftstag vorbereitet.

Am 3. März 1990 war es dann soweit. Die Gewerkschaft der Zöllner (GdZ) wurde in Plessow in großer Einmütigkeit ins Leben gerufen. Zum ersten, noch geschäftsführenden, Vorsitzenden wurde Wolfgang Fischer gewählt. Sein mit ihm gewählter Vorstand erhielt den Auftrag, zum 5. Juli 1990 die erste satzungsgemäße ordentliche Hauptversamm-



Gründungstag der GdZ: Präsidium mit Elfriede Kalus (Verhandlungsleiterin, 3. v. r.), Wolfgang Fischer (2. v. r.) und Ingo Puhl (4. v. r.)

lung der GdZ vorzubereiten und einzuberufen.

Gemeinsam mit seinen Mitstreitern, Ingo Puhl, Hubert Germer, Hubert Herzog, Erhard Lehnert und Weiteren wurde so die Grundlage für eine direkte Unterstützung des BDZ geschaffen. Das war zugleich Voraussetzung dafür, dass die berechtigten Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner der DDR bei der Übernahme in die Bundeszollverwaltung im Bundesfinanzministerium gehört und berücksichtigt wurden.

Auf dem Weg zur ersten ordentlichen Hauptversammlung der GdZ galt es die vielfältigsten völlig neuen Aufgaben einer Gewerkschaft anzufassen und möglichst im Sinne der betroffenen Mitglieder zu lösen.



In der ersten Reihe haben u. a. als Gäste Platz genommen: Günther Arndt, Chefinspekteur der DDR-Zollverwaltung (5. v. r.), Prof. Dr. Stiehle, Leiter des Instituts der Zollverwaltung der DDR (6. v. r.), und Richard Müller (Bundesvorsitzender des BDZ, 7. v. r.)



Richard Müller spricht zu den Delegierten des GdZ-Gründungstages

Die erste Herausforderung hatte dieser Vorstand schon vom 19. bis 21. März 1990 zu bewältigen. Er folgte einer Einladung des BDZ-Bundesvorstandes nach Bonn. Auf der Tagesordnung stand u. a. auch eine Besprechung mit Staatssekretär Dr. Klemm im Bundesfinanzministerium. An dieser Besprechung nahmen alle Spitzenbeamten der Abteilung III (der Zollabteilung) im BMF teil. Man wollte sich offensichtlich einen ersten Eindruck von den Repräsentanten der neuen Gewerkschaft verschaffen. Offensichtlich muss dieser Eindruck positiv ausgefallen sein. Denn unmittelbar nach diesem fast zwei Stunden währenden Gespräch beantwortete der Leiter der Abteilung III, MD Schmutzer, einen Brief des Zollchefinspektors der DDR-Zollverwaltung, Herrn Arndt, in welchem ein Treffen auf oberster Verwaltungsebene vorgeschlagen wurde. Hier sollte der Weg für eine organisatorische und rechtliche Angleichung der beiden Zollverwaltungen beraten und gefunden werden.

Nach der Rückkehr der Delegation sprach Herr Arndt der jungen Gewerkschaft seinen ausdrücklichen Dank für das positive Wirken für alle Zöllnerinnen und Zöllner der DDR Zollverwaltung aus.

Im April 1990 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen dem BDZ und der GdZ abgeschlossen, dessen wichtigster Teil wohl darin bestand, dass die GdZ nach einem Beitritt



Ankunft des geschäftsführenden Vorstandes der GdZ am 19.03.1990 mit ihrem Ikarus in Bonn



Geschäftsführender Vorstand der GdZ und Mitglieder des Bundesvorstandes des BDZ vor der Geschäftsstelle des BDZ in Bonn

der DDR zur Bundesrepublik mit dem BDZ fusionieren werde. Damit war der unmittelbaren Unterstützung durch den BDZ der gewerkschaftliche Boden bereitet. Bereits im Mai nahm Wolfgang Fischer offiziell an einer Hauptvorstandssitzung des BDZ in Ulm teil. So konnte er die Diskussion über die anstehenden

Aufgaben des BDZ hinsichtlich der großen Herausforderung an der damaligen innerdeutschen Grenze für die Ost- und Westzöllner persönlich erleben und die besonderen Befürchtungen der Ostzöllner vortragen – und er fand Gehör, wie die nachfolgenden Ereignisse belegen.

Mit der erfolgreichen Durchführung der 1. Hauptversammlung der GdZ am 5. Juli 1990 war die GdZ nunmehr offizieller Gesprächspartner der Politik der sich im Umbruch befindlichen DDR aber zugleich anerkannt beim BMF in Bonn.

Immer wieder wirkte der BDZ für die Interessen der DDR-Zöllner, so u. a. bei der Vorbereitung der Übernahme und der damit verbundenen Verbeamtung.

Ein besonderes Beispiel dafür ist, dass mit dem Beitritt und der Übernahme des Steuersystems der Bundesrepublik ein ganz realer Nettolohnverlust der Zöllnerinnen und Zöllner der dann ehemaligen DDR einhergegangen wäre, da das Bruttogehalt nunmehr in seiner Gesamtheit der Besteuerung unterfiel. Es wurde erreicht, dass das bisherige Nettogehalt durch die Zahlung einer entsprechenden Pauschale erhalten blieb.

Am 11. September 1990 verabschiedeten die Vorstände der GdZ und des BDZ in Berlin den Fusionsvertrag, der u. a. der GdZ durch Kooptierung zwei Sitze im Bundesvorstand des BDZ sicherte. Dies waren zuerst Wolfgang Fischer und Günter Hingst. Mit dem Ausscheiden des Kollegen Hingst aus dem aktiven Zolldienst rückte der Kollege Hubert Herzog, damals bereits BV-Vorsitzender von Mecklenburg-Vorpommern, nach.

Mit dem Beitritt der fünf neuen Länder zum Gebiet der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurden auch die in diesen Ländern mittlerweile gebildeten fünf neuen Bezirksverbände der GdZ als satzungsgemäße eigenständige Verbände in den BDZ aufgenommen.



Am 11. September 1990 wird im DBV-Haus in Berlin der Fusionsvertrag zwischen GdZ und BDZ besiegelt. Richard Müller dankt allen für die bis hierher geleistete Arbeit. Das Datum für die Fusion wurde auf den Tag der deutschen Einheit, den 3. Oktober 1990 festgelegt

Weitere Meilensteine waren die Verbeamtungen auf Probe ab April 1991, die Lebenszeitverbeamtungen laut Einigungsvertrag ab 1994 sowie die ständige Einflussnahme auf das berufliches Fortkommen in den neuen Ländern. So hätte hier zB. die beabsichtigte Einreihung in die einheitliche Beförderungsreihenfolge zu katastrophalen Verwerfungen geführt. Der BDZ und mit ihm der Hauptpersonalrat beim BMF haben wesentlichen Anteil daran, dass ab 1994 getrennt nach neuen Ländern und alten Ländern die Beurteilungen und die Einreihung in die Beförderungsreihenfolge erfolgte. Auch hier wirkte Kollege Fischer nachhaltig mit, denn seit 1992, den ersten Wahlen für die Personalvertretungen in den neuen Ländern, war Kollege Fischer



Gruppenfoto aller Teilnehmer

Mitglied im Hauptpersonalrat und konnte so direkt die Sorgen und Nöte der Ostkollegen/Innen einbringen – und dies mit Erfolg.

1993 wurde er auf dem ersten gemeinsamen BDZ Gewerkschaftstag in Bonn/Bad Godesberg mit großer Mehrheit im ersten Wahlgang zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden des BDZ gewählt.

In den Jahren bis 2004 galt sein Engagement im BDZ aber auch im HPR weiterhin dem Zusammenwachsen zwischen Ost und West, wobei sich das Gewicht nach und nach auf die allgemeinen Probleme der Zöllner in der Bundeszollverwaltung verlagerte. Mit der im Jahr 2004 stattgefundenen EU-Osterweiterung brachte er sich nochmals erfolgreich für die Verlagerung von Aufgaben in den Osten und für die strikte Einhaltung der zwischen HPR und BMF ausgehandelten Sozialkriterien ein. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden des Bezirkspersonalrates der OFD Cottbus und später der BFD Mitte widmete er sich mehr und mehr den regionalen Aufgaben, wobei seine Funktion in der BDZ-Bundesleitung und seine Kontakte zum HPR bei der Lösung der vielseitigen Probleme oft hilfreich waren und sind.

Allerdings wurde sein oft kritisches Wirken gegen teilweise kurzsichtiges und unüberlegtes Verwaltungshandeln nicht immer als konstruktive Kritik gewertet, was scheinbar jedoch mehr oder weniger das Los eines jeden kritischen Gewerkschafts- oder Personalratsvertreters ist.

Trotzdem, da bin ich mir ganz sicher, wird sich Wolfgang Fischer bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 2013 - wie bisher – für ein sinnvolles, den rechtlichen Rahmen voll ausschöpfendes, Verwaltungshandeln im Sinne der Beschäftigten einbringen.

Andreas Schwenke

Gesundheitstag bei der BFD Mitte in Potsdam

Nicht alle Jahre wieder, sondern zum 1. Mal fand bei der BFD Mitte in Potsdam am 9. Juni 2011 ein Gesundheitstag statt.

In legerer, teils sportlicher Kleidung wurde pünktlich um 9.00 Uhr durch den Präsidenten der BFD Mitte, Herrn Andreas Schneider (mit neuen Turnschuhen!), der „Startschuss“ für einen nicht ganz alltäglichen Arbeitstag gegeben. Der Gesundheitstag fand unter dem



Motto „Die vier Säulen der Gesundheitsförderung“ (bestehend aus Bewegung, Ernährung, Stress, Sucht/Abhängigkeit) statt. So wurden auf dem gesamten Gelände, von Haus 1 bis Haus 10, Schnupperkurse, Klangschalenmassage, Ernährungsberatung, Workshops und Infostände für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeboten. Die Resonanz war riesengroß, denn gerade am Arbeitsplatz entstehen viele Krankheiten sowohl psychischer als auch physischer Art. Und so konnte man sich schon indirekt sportlich betätigen, indem man einige Meter zurück legen musste, um von Säule zu Säule zu gelangen.

Reges Interesse fand die Säule „Ernährung“. Gerade in unserem heutigen hektischen Arbeitsalltag ist es wichtig, auf ein gesundes Ess- und Trinkverhalten zu achten. Ist doch auch gerade dieses Thema ein ständiger Begleiter durch unseren Alltag. Dass man damit nicht früh genug anfangen kann, zeigten uns



auch die in ihrer Ausbildung zu Fachangestellten befindlichen Beatrice Oppermann und Victoria Muschert. Sie beteiligten sich mit einem eigenen Kochbuch und kleinen Kostproben an unserem Gesundheitstag. Das Kochbuch war ein Renner und wer noch keins hat, kann sich die Rezepte bei Frau Hoffmann nachbestellen.

Viel Power und Körpereinsatz setzte die Säule „Bewegung“ voraus. Ob die Spielkonsole Nintendo Wii, Schnupperkurs Nordic-Walking, der Schnupperkurs Bogenschießen oder die Laufberatung, hier konnte man seine motorischen Eigenschaften der menschlichen Bewegung wie Kraft, Ausdauer, Schnelligkeit, Beweglichkeit und Koordination unter Beweis stellen. Und so mancher Kollege staunte nicht schlecht über seine „ungeahnten Fähigkeiten“. Kommt doch die körperliche Bewegung, gerade an einem „Büroarbeits-



platz“, oft zu kurz. Beim Nordic Walking Kurs wurde auch nebenbei das Ziel erreicht, die Voreingenommenheit gegen diesen Sport, welche besonders im Vorfeld bei der Werbung für den Gesundheitstag bei den männlichen Kollegen zu beobachten war, erheblich abzubauen. Es sei an dieser Stelle noch einmal der Hinweis gegeben, dass der Sportlehrwart des HZA Potsdam bekanntgab, dass beim HZA Potsdam die Möglichkeit besteht, nach dem Dienst gemeinsam mit anderen Kollegen unter fachkundiger Anleitung weiter diesen Sport zu betreiben. Das Bogenschiessen fand riesengroßen Anklang. So viele Beschäftigte wollten den ganzen Tag den Bogen spannen, so dass der Kollege der Sportgemeinschaft „Bogenschießen“ im BMF nicht mal dazu kam, eine Pause einzulegen um etwas zu essen... Das ist natürlich nicht gesundheitsförderlich für den Kollegen gewesen und arte in Stress aus. Deshalb an dieser Stelle die Bitte um Entschuldigung und nochmals herzlichen Dank für den Einsatz!



Etwas ruhiger ging es bei der Säule „Stress“ zu. Stress ist eine natürliche Reaktion des Körpers auf Druck, Verspannung oder Veränderung. Zuviel Stress jedoch kann Krankheiten oder Unfälle verursachen. Und dabei nimmt der Stressfaktor in unserer heutigen Arbeitswelt eine ganz wesentliche Rolle ein. Dies spiegelte sich auch in der großen Teilnahme zu den angebotenen Kursen wider. In den Schnupperkursen „Kinesiologische Übungen zum Stressabbau“ und „Autogenes Training“ konnte man erfahren, wie Blockaden und Stressreaktionen abgebaut werden.



Die Kurse waren natürlich nicht für jeden geeignet. Der eine oder andere fand es schon ganz lustig, sich mit dem einen Finger unter der Nase zu reiben und gleichzeitig mit der anderen Hand am Steissbein Kreise zu ziehen. Aber Schauen, Neues sehen und ausprobieren, sich öffnen für Unbekanntes und letztlich für sich selbst entscheiden zu können, ob einem die Übung liegt oder nicht – dieses Ziel wurde auf jeden Fall erreicht.

Ganz entspannt, mit neuer Kraft und Stärke sowie den Alltagsstress hinter sich gelassen, gingen diejenigen Kolleginnen und Kollegen an ihre Arbeitsplätze zurück, die eine Klangschalenmassage erhielten.

Nachdenklich wurde es bei der Säule „Sucht/ Abhängigkeit“. Hier konnten sich die Kolleginnen und Kollegen umfangreich zum Thema Abhängigkeit informieren.

Der Umgang mit Alkohol und Drogen ist nicht nur bei Jugendlichen ein Problem, sondern leider auch in unserem Arbeitsalltag. Oft wird das Problem erkannt, aber nicht angesprochen. Durch die Ansprechpartner konnte man u. a. erfahren, wie man sich verhält, wenn ein



„Verdachtsfall“ vorliegt. Denn dies ist immer noch ein „heikles Thema“. Und eines sollte man nicht unterschätzen: Alkohol birgt viele Risiken, der Arbeitsplatz ist davon nicht ausgeschlossen! Dies machte ganz besonders der „Rauschbrillen-Parcour“ deutlich, denn hier konnte man hautnah miterleben, wie man unter Alkoholeinfluss auf seine Umwelt sowie auf seine Mitmenschen wirkt und umgekehrt.

Einen Gesundheits-Check (Körperfett-, Blutdruck-, Blutzuckermessungen und Impfberatung) konnte man am Infostand des Betriebsärztlichen Dienstes durchführen lassen. Auch die Unfallkasse des Bundes beteiligte sich mit dem Infostand und Glücksrad zum Thema „Ergonomie“ an unserem Gesundheitstag.



Mit dem Gesundheitstag hat die BFD Mitte ihren Kolleginnen und Kollegen Wege aufgezeigt, wie man fit und leistungsfähig bleiben kann, denn dies ist die Basis für die körperliche und seelische Gesundheit – und damit auch für unsere „Schaffenskraft“.

Die im Vorfeld und auch während der Durchführung des Gesundheitstages geleistete Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die sich aktiv an der Planung, Gestaltung und Durchführung beteiligten, trug zu einem sehr guten Gelingen bei. Hier seien besonders erwähnt Kollegin Eveline Hoffmann als „Chefororganisatorin“ mit ihrem gesamten Team des „Arbeitskreis Gesundheit“ (die neben ihrer Hauptarbeit zusätzlich aktiv waren) und unser Präsident Andreas Schneider, der mit einem in seinem Amt leider nicht selbstverständlichen großen persönlichen Engagement zum Gelingen beitrug.

So mancher Kollege wird sicherlich etwas nachdenklich seine Heimfahrt angetreten haben, denn das oberste Gebot ist unsere Gesundheit und unser Wohlbefinden.

Kerstin Walz

Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße

Die Ruhestandsgruppe Berlin/Grellstraße trifft sich auch im Jahre 2011 in der Regel am dritten Mittwoch des Monats (außer Juli/August) um 15.00 Uhr:

21. September
19. Oktober
16. November
14. Dezember (Weihnachtsfeier)

Wir gratulieren herzlich!



Zum 70. Geburtstag

Harry Schneider	20.04.
Peter Bänsch	01.05.
Monika Bathe	06.05.
Manfred Bösche	08.05.
Horst Mattner	12.05.
Rolf-Jürgen Grönig	14.05.
Hans-Georg Jahn	17.05.
Bodo Feilke	27.05.
Jürgen Lamer	11.06.
Marlies Wolf	25.06.

Zum 75. Geburtstag

Günter Saft	06.05.
Werner Borngräber	10.05.
Helga Radke	31.05.
Siegfried Wenzel	19.06.

Zum 80. Geburtstag

Ulrich Radomski	08.05.
Klaus Ehlert	11.06.

Zum 85. Geburtstag

Horst Grothe	24.04.
--------------	--------





Renteninformation

Lesen Sie auch die aktuellen Informationen auf
[www.bdz-bb.de!](http://www.bdz-bb.de)

Unsere Sprechstunden zur Beratung in Rentnerfragen:

1. Potsdam

BFD Mitte, Haus 7

jeden 1. Mittwoch im Monat um 10.00 Uhr

Nach Möglichkeit bitte vorher anmelden bei:

Herrn Rudolf Nothe	(03 31) 62 17 20
Herrn Rudolf Rittig	(03 38 45) 4 10 94
Herrn Franz Böhm-Wirt	(03 37 41) 8 07 30

2. Frankfurt (Oder)

HZA Frankfurt (Oder)

jeden 2. Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Herrn Joachim Mätzig	(03 35) 6 80 15 46
Herrn Horst Mattner	(03 35) 6 80 28 55

3. Berlin

Liegenschaft Grellstr. 18,24
Raum 3.02

jeden 3. Mittwoch um 13.00 Uhr

Nach Möglichkeit vorher anmelden bei:

Beamte

Frau Gisela Hartwig	(030) 48 33 13 75
Herrn Heinz Fietz	(030) 97 29 49 6
Herrn Peter Stinner	(030) 53 66 28 72

Zollrentner

Herrn Dieter Feldmann	(030) 99 40 26 92
Herrn Uwe Köhler	(030) 24 12 83 5

BAGSO-Pressemitteilung 7/2011
Bonn, 14.6.2011



Seniorenorganisationen: Alle Altersgrenzen auf den Prüfstand!

Die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) zusammengeschlossenen 104 Verbände, die etwa 13 Mio. ältere Menschen in Deutschland vertreten, fordern eine konsequente Überprüfung aller Altersgrenzen.

„Es gibt keine *Altersnormen*, sondern viele *Altersformen*. Die Vorstellung, man könne bestimmte Aufgaben nur bis zu einem bestimmten Alter übernehmen, ist von der Wissenschaft seit 40 Jahren widerlegt. Politische Konsequenzen sind daraus aber nicht gezogen worden“, bedauert die BAGSO-Vorsitzende und ehemalige Bundesfamilienministerin Ursula Lehr. „Die Anzahl der Lebensjahre darf im Erwachsenenalter kein Abgrenzungskriterium in unserer Rechtsordnung sein. Und wir sollten nicht immer warten, bis die Umstände uns zum Handeln zwingen.“ Beispielhaft verweist sie auf die Praxisärzte, die bis vor Kurzem noch mit 68 Jahren ihre kassenärztliche Zulassung verloren, aufgrund des Ärztemangels heute ihre Praxen aber weiterführen dürfen.

Wenig fortschrittlich sieht die renommierte Altersforscherin auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das berufsbezogene Altersgrenzen damit verteidigt, dass die „allgemeine Lebenserfahrung“ ein Nachlassen der Fähigkeiten im Alter erwarten lasse, und dabei die Erkenntnisse der gerontologischen Forschung schlicht ignoriert. Für Ursula Lehr ist das nicht nachvollziehbar: „Selbst die allgemeine Lebenserfahrung sagt mir, dass die 70-Jährigen von heute mit den 70-Jährigen von vor 50 Jahren wenig gemein haben. Die Älteren von heute und morgen haben einen Anspruch darauf, dass dies wahrgenommen und anerkannt wird. Sie lassen sich nicht aufs Abstellgleis schieben.“

Altersgrenzen sind nicht der einzige, aber doch ein wesentlicher Grund für die in unserer Gesellschaft vorherrschenden defizitären Altersbilder. Der von der Bundesregierung in Auftrag gegebene, Ende 2010 veröffentlichte Sechste Altenbericht zeigt auf, dass das Altern wesentlich vielfältiger ist. Auch die Sachverständigenkommission unter Vorsitz des Heidelberger Gerontologen Andreas Kruse, die den Bericht verfasst hat, fordert eine Korrektur unangemessener Altersgrenzen. Sie geht sogar noch weiter, wenn sie postuliert, dass die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung zum Entstehen eines „funktionslosen Alters“ beigetragen habe.

Der Sechste Altenbericht ist Gegenstand einer Fachtagung der BAGSO am Freitag, 17. Juni 2011, im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn, zu der sich 160 Fachleute aus Politik, Wissenschaft, Verbänden und kommunaler Seniorenarbeit angemeldet haben. Neben der Diskussion über den Bericht geht es auch darum, wie sich die Empfehlungen der Kommission in der Praxis umsetzen lassen und welchen Beitrag die Zivilgesellschaft dabei leisten kann.

Weitere Informationen zur Fachtagung:
Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen e. V. (BAGSO)
Christine Massion
E-Mail: massion@bagso.de
Tel.: 02 28/2 49 99 30

Weitere Informationen zur BAGSO:
Pressereferat – Ursula Lenz
Bonngasse 10, 53111 Bonn
E-Mail: lenz@bagso.de
www.bagso.de

Lutz Wiemann
ZFA Berlin – Brandenburg
Controlling

Berlin, 07.06.2011

BDZ
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Bezirksverband Berlin – Brandenburg

– per Email –

Reaktion auf „Leserbrief“ der Ausgabe 1/2011 März ZBB;
Artikel. „*KLR, KLP, Ziele usw., Wie weit soll der Unsinn noch gehen?*“

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Wolf,

Ich darf vorab zwei Dinge Ihres Artikels korrigieren:

- 1.) Die Ziele im Zielvereinbarungsprozess werden nicht von den Controllern, sondern von der Führung und Leitung in sogenannten Führungsklausuren mit den Referats- oder Sachgebietsleitern erarbeitet. Der Controller ist hierbei nur Moderator.
- 2.) Wenn sich Beschäftigte *kaum noch mit Dingen beschäftigen, für die sie mal eingestellt wurden*, liegt das nicht an Controlling, sondern eher an den verwaltungstechnischen Vorgaben, z. B. Gesetze und Verordnungen, und deren Umsetzung durch Vorgesetzte.

Ich darf Ihnen auch versichern, dass grundsätzlich in den Controllingbereichen keine besseren Noten und „ein paar mehr Pünktchen“ verteilt wurden. Zumindest nicht im bundesweiten Zollfahndungsbereich. Schön wär's!

Im Gegenteil, mancherorts habe ich den Eindruck, man wird für diese undankbare Aufgabe auch noch abgestraft. Nicht umsonst ist der Controlling-Bereich vielerorts der höchst fluktuative Bereich im Amt. Warum wohl?

Ich war eine lange Zeit in der Zollabfertigung tätig und kann nicht bestätigen, dass die Berechnung nach PersBB-Schlüsseln einen planerischen Höhepunkt der Ressourceneinteilung darstellte. Im Gegenteil. Beispielsweise gab es für die Abfertigung eines Carnet TIR eine halbe Stunde, auf dem Hof standen 20 LKW, teilweise „russische Sammler“ mit 5 bis 20 Empfängern. Abgesehen von einer minderwertigen Beschauquote konnte ich nun am Ende des Arbeitstages 10 Stunden für die Abfertigung mit Carnet-TIR verbuchen, hatte aber noch Carnet A.T.A., „A6-Prüfungen“, „T5-Prüfungen“ und noch einen Anwärter zur Ausbildung. Alles in allem hätten das nach PersBB-Vorgaben 4 AK ausgemacht. Tatsächlich war aber nur eine AK tätig. So viel über „einfach und nachvollziehbare Grundlagen“! Bei Ihrem Leserbrief könnte man den Eindruck gewinnen, bei Ihrem Amt dreht es sich nur noch um Controlling. Ach herrje! Ich hoffe nicht!

Als Bürger dieses Landes erwarte ich von der Belegschaft des Zolls des Flughafens Tegel, dass bei der Einreise auf die Vorschriften der EU und der Bundesrepublik Deutschland geachtet wird, dass Drogen und gefährdete Tierarten etc. entdeckt werden, mithin die Einfuhrvorschriften u. a. mit genug Personal fähig sind, diesen Gesetzen und Verordnungen zur Durchsetzung zu verhelfen.

Als Controller erwarte ich, dass sich irgendwer, im Zweifelsfall Ihr Vorsteher hingezetzt hat, und den zu erwartenden Aufwand schlichtweg plant. Ist das zu viel verlangt?

Jede Security-Klitsche im Hinterhof, jeder Wachschutz oder private Begleit- bzw. Objektschutz kann das, muss das planen, um wettbewerbsfähig zu sein. Diese gehen von einem zu

erwartenden Ergebnis auf Grundlage von Bestandsdaten aus. Nichts anderes macht die KLP. Und die Zollverwaltung soll dazu nicht in der Lage sein?

Für mich zählt auch nicht das Argument, dass die Zollverwaltung nicht gewinnorientiert arbeitet. Schade, dass sie es nicht tut, aber da ist wieder die Gesetzeslage zu beachten. Es sind nämlich die Steuergelder, die hierbei für alles vorher Beschriebene verwendet werden. Zumindest darf doch wohl erlaubt sein zu fragen, wofür die bereit gestellten Finanzmittel und die 39.700 AK der BZV Verwendung finden. Jedenfalls würde ich das als Dienstherr tun.

Seit der Einführung von Controlling verfügt jedes Amt über eine allumfassende Kosten- und Datenübersicht, welche es in dieser dezidierten Form davor nicht gab. Von vielen als Datenfriedhöfe bezeichnet sehen sie daraus den Zustand Ihrer Dienststelle. Teils ein unschöner Anblick. Wenn diese nicht genutzt werden, selber schuld!

Sicher wusste man schon vor der Einführung der KLR wie viel Beschäftigte in einer Dienststelle arbeiten, und was die auch kosten. Ein anderer wusste auf wie vielen Quadratmeter das Sachgebiet verteilt ist, und wieder ein anderer wusste wie viel Möbel, DKfZ, Waffen, Messgeräte, etc. vorhanden sind; Ja, Ja, dafür brauchte man kein Controlling.

Nun hat man die Daten zusammengeführt.

Zumindest der Gedanke an eine modernere und flexiblere Verwaltung lässt hoffen, dass Steuergelder dort eingesetzt werden, wo sie notwendig sind. Ich kann Ihnen auch versichern, dass an meiner Dienststelle der Anteil an gebuchten Controllingzeiten 0,83 % p.a. ausmacht.

Der Produktkatalog hätte von Anfang an das Leistungsangebot der Zollverwaltung darlegen müssen. Bis heute sind weder Qualitätskriterien oder Qualitätsverantwortliche benannt worden. Qualitätsmerkmale sind die Grundvoraussetzungen für die Berechnung von Effizienz und Effektivität. Keiner kann mir bis heute sagen, was eine gute Abfertigung ausmacht, oder was ist eine schlechte Vollstreckung? Das kann auch nicht der Ansatz sein, vielmehr ob eine Zahl begründbar oder unbegründbar erscheint. Diese Vergleichsrechnung konnte bisher jeder Produktkatalog erbringen, zumindest wäre hier erst der Ansatz für Kritik an der Sache gegeben.

Controlling ist Ausdruck eines Umdenkmarahtons in der Verwaltung, wobei viele Kollegen keinen Startschuss gehört haben und sich noch immer die Ohren zuhalten.

In welcher Wechselwirkung Beurteilungen und KLP stehen sollen, ist mir allerdings ein Rätsel. Recht stammtischmanierlich leiten Sie eine Szenariokette aus KL-Fehlplanung und kausaler „bedrohlicher Sicherheitslage“ daher. Wahrscheinlich ist deswegen am Blattrand eine hemdsärmelig stilisierte Ratte mit ungeduldig bösem Gesicht zu sehen, die sich vielleicht auch über diesen Leserbrief wundert. Ich kann nur empfehlen mal in einen Kostenstellenbericht Nr. 1 oder 4 intensiv hinein zu schauen und vielleicht ein paar SAP-Aktien zu kaufen, vielleicht wünscht sich dann der ein oder andere, dass „der Unsinn“ niemals aufhört. Spaß beiseite.

Es lohnt sich, sich damit zu arrangieren, übrigens auch für Personalvertretungen. Die Gleichstellungsbeauftragten haben sich immerhin die Teilnahme an Führungsklausuren erklagt.

Gerade weil das BMF mit hohem finanziellem und personellem Aufwand Controlling in die Verwaltung eingeführt hat, wird es wohl nicht in absehbarer Zeit, auch im Hinblick auf das Leitbild der BFV diese Institution abschaffen. Jedenfalls werden Sie Ihre 9 Dp nicht mit der Forderung nach Abschaffung der KLR wiederbekommen. Eher mit der Anwendung dessen.

Lutz Wiemann

Frage des Bundestagsabgeordneten Florian Pronold (SPD):

Welche Kosten bedingen Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) sowie Kosten- und Leistungsplanung (KLP) in der Zollverwaltung, und wie viele Beschäftigte sind dafür eingesetzt?

Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Steffen Kampeter vom 28. April 2011:

Die Kosten des laufenden Betriebs der KLR sowie der KLP werden nicht gesondert erfasst und können daher nicht ausgewiesen werden.

Mit Stand vom April 2011 sind insgesamt 316 Bedienstete in den Arbeitsbereichen Controlling der Orts- und Mittelebene beschäftigt, die anteilig mit der Erstellung der KLP sowie Erhebung und Pflege der Datenerhebung im Rahmen der KLR betraut sind. Eine weitergehende Quantifizierung ist nicht möglich.



Quelle: Deutscher Bundestag – Drucksache 17/5675

Zollinterner Sporttest beim *Challenge/Roth* und *IRONMAN/Regensburg*

Triathlon ist eine enorm vielseitige Sportart, die, wenn man nach 226km das Ziel erreichen will, einen großen Trainingsaufwand erfordert. Die im Vergleich zu anderen Sportarten doch umfangreiche und auch teure Ausrüstung eines Triathleten sind nur ein Aspekt dieser Sportart. Das monatelange vorbereitende Training, die Ernährung und die Reisen zu einer solchen Veranstaltung wollen auch finanziert werden.

Grundvoraussetzung ist jedoch, dass der Athlet keinerlei gesundheitliche Probleme vor sich her schiebt. Eine junge aber interessante Serie über die Triathlon-Langdistanz, als Gegenpart zur bekannten IRONMAN (Eisenmann)-Serie, ist der Challenge (Herausforderung).

Das bekannteste Rennen ist die „Quelle Challenge Roth“, die nach dem Verlust der IRONMAN-Lizenz unter diesem Name die Langdistanz weiter in Roth starten lies. Wer



Torsten Lippert

sich aber für die Weltmeisterschaften in einer Altersklasse qualifizieren will, also in Hawaii, dem Triathlon-Mekka, dabei sein will, muss bei einem IRONMAN starten.

1978 wurde auf Hawaii der 1. IRONMAN der Welt ausgetragen und es ist das Ziel eines jeden Amateur- und Hobbytriathleten, dort einmal zusammen mit 1.500 Bewerbern starten zu dürfen. Bei rund 30 Wettbewerben weltweit versuchen nahezu rund 30.000 diesem Ziel näher zu kommen.

„Aussichtslos“ schätzen die beiden Zöllner ein. Für Wolfgang Wilde würde dies bedeuten rund 2 ½ Stunden schneller im Ziel zu sein...!

Torsten Lippert, Jahrgang 1965, Sportlehrwart bei der Kontrolleinheit Verkehrswege Guben und verantwortlich dafür, dass die Waffen tragenden Beamten von Guben, Cottbus und Forst in der Lage sind, u. a. sich waffenlos zu verteidigen, hat täglich seine Kollegen zum Dienstsport zu ermuntern.

Dazu gehört auch, dass er selbst in der Lage ist, Übungen vorzuführen. Fit zu sein ist daher für ihn eine Voraussetzung, den Job als Sportlehrwart ausfüllen zu können. Der Besuch von Lehrgängen mit seinen Tests stellt hohe Anforderungen an einen Sportlehrwart und so ist es nicht verwunderlich, dass er zwangsläufig sein Hobby mit seinem Beruf verbinden musste.

Als Triathlet muss man vielseitig und regelmäßig trainieren und entscheiden, welche Disziplin wann besonders ausgeprägt werden muss.

Da nicht jeder als Leistungssportler auf die Welt kommt, so Torsten, muss man seine Stärken und seine Schwächen kennen lernen.

Wolfgang Wilde, Jahrgang 1953, Mitarbeiter im Referat ZF 31 bei der BFD Mitte in Potsdam, hat jetzt kaum mehr berufliche Berührungspunkte wenn es um den Dienstsport geht. Aus seiner früheren Tätigkeit im Grenzreferat kennt er jedoch die Probleme der Übungsleiter und der Sportlehrwarte.

Auf Initiative von Torsten stellten sich die Beiden 2001 erstmals der Herausforderung, einen Triathlon auf der Langdistanz über 226 km zu bewältigen. Diesem „zoll-internen“ Sporttest sollten Weitere folgen.

Torsten selbst sieht auch nach dem

1. August, dem Wettkampftag, nach 40 Marathonläufen und 10 Teilnahmen am IRONMAN als Triathlet, kein Ende seiner sportlichen Laufbahn, obwohl, wie er bemerkt, die Radstrecke wegen der enormen Anstiege des „Naturparks Bayerischer Wald“ im Nordosten von Regensburg, im letzten Jahr eine besondere Herausforderung war. Die zu bewältigenden 1500 Höhenmetern werden ihm wohl deshalb lange in Erinnerung bleiben... Gerade auch weil der Wettkampf so schwer war, lies er es sich damals nicht nehmen, mit seiner 8-jährigen Tochter Nora nach 13:37 Stunden ins Ziel einzulaufen.

Thorsten beabsichtigt auch in diesem Jahr wieder einen IRONMAN zu finishen.

Wolfgang Wilde, der mit seinem 107. Marathon am 18. Juli 2010 in Roth den Wettkampf überglücklich nach 12:35 Stunden finishte, war damals froh, wieder einmal unverletzt das Ziel erreicht zu haben.

Wilde hat sich den weltweit organisierten „Täglich Läufer“ angeschlossen. Im August 2011 wird er an 500 Tagen hintereinander mindestens 1,6 km gelaufen sein. Zusätzlich fährt er täglich mit dem Rad rund 60 km zur Dienststelle. Auf über 4,8 Tsd. Kilometer hat er es in diesem Jahr schon geschafft. Seit Roth hat er 10 Marathon und 3 Ultraläufe über 50 km bewältigt. Über die nächsten Etappen seines Läuferlebens werden wir weiter berichten...



Wolfgang Wilde

Alkohol – für Frauen (k)ein Problem!?

Unter diesem Motto hatte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung Ende letzten Jahres zu ihrer Jahrestagung eingeladen.

Mit dem Lied der Prinzen „Frauen sind die neuen Männer“, wo es im Text heißt:

„Sie trinken viel, auch da sind sie uns überlegen, können allein in der freien Wildbahn überleben...“ führte sie in die Veranstaltung ein.

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend brachte in ihrem Grußwort zum Ausdruck, dass die Dosis das Gift ausmacht. In bestimmten kritischen Lebensphasen wird Alkohol als Teil von Bewältigungsstrategien gewählt.

Im Verlauf der Veranstaltung wurde die Situation des Alkoholmissbrauchs von Frauen dargestellt, Vergleiche mit den Erfahrungen des Auslandes gezogen und entsprechende praktische Empfehlungen für die politische, präventive und therapeutische Praxis abgeleitet. Das Fazit der Veranstaltung hat mich nachdenklich gemacht, weshalb ich darüber berichten möchte.

370.000 Frauen sind alkoholabhängig, die Tendenz ist steigend.

In den Vorträgen namhafter Wissenschaftler aus Deutschland, Dänemark, Kanada und den USA wurden

- der Alkoholstoffwechsel bei Frauen und Männern
- der Alkoholkonsum während der Schwangerschaft
- Alkoholabhängige Mütter und deren Töchter
- Alkohol und häusliche Gewalt
- Geschlechterdifferenzen beim Alkoholkonsum junger Menschen
- und der Alkoholgebrauch und Abhängigkeit bei älteren Frauen beleuchtet.

Generell treten Abhängigkeitserkrankungen und riskante Konsumformen häufiger

bei Männern auf. Dies führte bisher zu einer stärkeren Fokussierung von therapeutischen und präventiven Maßnahmen auf die Zielgruppe Männer. In den letzten Jahren setzte sich in der Forschung eine stärkere Beachtung von geschlechtsbezogenen Präventions- und Therapieansätzen durch. Gleichzeitig deuten epidemiologische Untersuchungen und weitere Statistiken auf einen Anstieg von Alkoholmissbrauch und Alkoholabhängigkeit unter Frauen jedes Alters in Deutschland hin. In den letzten zehn Jahren wurden in deutschen Krankenhäusern bei Frauen wesentlich mehr Fälle an Leberzirrhose diagnostiziert.

16% der Frauen und 31% der Männer trinken mehr als die maximal nicht schädliche Tagesmenge von 10 g Alkohol bei Frauen und 20 g bei Männern.

Ein Risikofaktor für Frauen ist vermutlich der niedrigere Körperwasseranteil der insbesondere bei älteren Frauen geringer ist, was einen höheren Blutalkohol zur Folge hat. Ein weiterer Risikofaktor ist Übergewicht. Davon sind 68% der Männer und 50% der Frauen betroffen. Mit Folgen wie Gicht, Depressionen, Schlaganfall und Bluthochdruck.

Im Jahr 2000 wurden 9.500 Jugendliche wegen Trunkenheit stationär behandelt. 2008 waren es 25.700. 2.400 Mädchen im Alter von 10 bis 15 Jahren wurden mit einer Alkoholvergiftung im Krankenhaus behandelt. Statistisch gesehen trinken mehr 15- bis 18-jährige Mädchen regelmäßig Alkohol als gleichaltrige Jungen.

Ca. 450.000 Mädchen leben als Töchter einer Mutter mit Alkoholkonsum.

Jedes 7. Kind lebt zeitweise und jedes 12. Kind dauerhaft in Familien mit Alkoholabhängigkeit. 33–40% geraten selbst und substanzbezogen in die Abhängigkeit.

Für schwangere Frauen gibt es keine unbedenkliche Genussmenge. 2 von 10 Frauen gelingt es vollständig zu verzichten. Problematisch sind die ungewollten (unbemerkten) Schwangerschaften, weil diese Frauen oftmals erst ab Zeitpunkt der Feststellung auf Alkohol verzichten.

Bis 1973 kannte man das Risiko nicht und die Väter wurden für Kindesmissbildungen verantwortlich gemacht. Alkohol in der Schwangerschaft ist weiterhin ein Tabuthema.

Jedes Jahr werden 2.000 alkoholgeschädigte Kinder mit Vollbild des fetalen Alkoholsyndroms (FAS) in Deutschland geboren. Das ist 1 Kind von 340 Kindern. FASD zählt zu den häufigsten angeborenen Behinderungen und psychomentalen Entwicklungsstörungen.

Die wenigsten Merkmale werden bei der Geburt oder kurz danach festgestellt, sondern erst im Verlauf der Entwicklung. Betroffene Kinder haben ein geringes Distanzgefühl, kein natürliches Misstrauen, sind spontan, auch in der Nähe zu Anderen. Sie können keine Schuldgefühle entwickeln und zeigen wenig Einsicht. Da ihnen das soziale Taktgefühl fehlt, werden sie von anderen Kindern ausgegrenzt.

Ältere Frauen und Alkohol ist eine versteckte Epidemie.

Wir sind eine älter werdende Gesellschaft. 16,4% der Bevölkerung ist über 60 Jahre und der Anstieg ist dramatisch. 2 bis 12% der äl-

teren Frauen sind gefährdete Trinkerinnen. Davon ist die Altersgruppe 55–64 Jahre am stärksten gefährdet. Es treten mehr chronischer Erkrankungen auf (Phobien, Essstörungen, Depressionen). Sie leben oftmals allein (Verlust des Partners, finanzielle Probleme u. a.).

Jede 5. ältere Frau kombiniert mit anderen Medikamenten. 150 verschriebene Medikamente haben eine Wechselwirkung mit Alkohol. 11% missbrauchen verschriebene Medikamente.

Die Dunkelziffer ist hier besonders groß.

Auf dem Markt der Möglichkeiten informieren Suchtberatungsstellen, Vereine und Andere über erfolgreiche Beispiele aus Prävention, Therapie und Beratung. Hoffentlich hat die Suchtbeauftragte der Bundesregierung dabei auch bedacht, dass gerade in diesen Bereichen bei knappen Haushaltskassen gern der Rotstift angesetzt wird.

Mein Beitrag soll nicht zur Abstinenz beitragen, sondern auf die Gefahren, die vom Alkohol (und nicht nur dieser ist Sucht auslösend) ausgehen, aufmerksam machen.

Denn nach wie vor gilt, ein Gläschen in Ehren kann keiner verwehren und ein Glas Rotwein kann auch für die Gesundheit gut sein...

Rita Müller

Alkoholprobleme am Arbeitsplatz

- ▶ **Aufklärung**
- ▶ **Vorbeugung**
- ▶ **Hilfsangebote**

Eberhard Altmann: 03 31/23 08-3 18

Michael Lauter: 030/41 01-31 31

Eberhard Wauer: 01 79/688 01 70



Wir betrauern den Tod folgender Mitglieder

Name	Geb.	Verstorben
Wolf-Dietrich Haberstroh	18.04.1919	30.07.2010
Hans-Jürgen Kraehmer	11.08.1915	07.10.2010
Franz Trettin	09.09.1915	05.12.2010
Gerhard Lemke	12.07.1907	18.12.2010
Wolfgang Koch	10.12.1924	05.03.2011
Manfred Kappler	26.07.1935	10.03.2011
Erwin Schulz	11.08.1948	11.03.2011
Hans-Jürgen Reuter	30.09.1941	21.04.2011
Achim Laudamus	27.07.1932	22.04.2011
Horst Linde	28.07.1937	24.05.2011
Bernhard Smyk	25.05.1942	14.06.2011



Das sind Ihre Ansprechpartner des BDZ-Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg: (auch auf unserer Homepage: www.bdz-bb.de)



Andreas Schwenke

Vorsitzender

Schwenke, BFD Mitte,
Andreas

Fax:

HZA Frankfurt/Oder
(03 35) 5 63-12 02
(03 35) 5 63-12 01 o.

DO Potsdam
(03 31) 64 61-5 93

(03 31) 64 61-5 92

Fax: (03 31) 64 61-5 99

E-mail: post@bdz-bb.de



Katrin Janus

Stellv. Vors.

Janus, HZA Potsdam,
Katrin

Vollstreckung/Personalrat
(03 31) 23 08-1 57



Sylvio v. Kopp

Stellv. Vors.

v. Kopp, ZKA Köln,
Sylvio

ZFA Berlin-Brandenburg
(030) 6 95 83-5 55

Stellv. Vors.

Büttner, BFD Mitte,
Uwe

DO Potsdam
(03 31) 64 61-5 94

Stellv. Vors.

Fischer, BFD Mitte,
Wolfgang

DO Potsdam
(03 31) 64 61-5 96



Uwe Büttner

Erster Rechnungsführer

Walz, BFD Mitte,
Kerstin

DO Potsdam
(03 31) 64 61-5 92

Zw. Rechnungsführer

Gall, OV Flughäfen,
Ingrid

Berlin
(030) 80 90 23 20

Erster Schriftführer

Zander, OV Plessow,
Hartmut

Stahnsdorf
(033 29) 6 23 69

Zweiter Schriftführer

Meutzner, HZA Frankfurt/O.,
Mandy

Präv. FKS Cottbus
(03 55) 35 73-0



Wolfgang Fischer

**Beitrittserklärung zum BDZ
Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft
Mitglied im dbb-beamtenbund und tarifunion**



Dienststelle: _____

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum BDZ mit Wirkung vom _____ .

Name: _____ Vorname: _____

Amtsbez.: _____ geb. am: _____

Wohnanschrift: _____

Kenn-Nr. bei der Besoldungsstelle:

Mit der Einbehaltung des Mitgliedsbeitrages von meinen Bezügen durch das Bundesamt für Finanzen – Bundesbesoldungsstelle – bin ich einverstanden.

Meine Daten werden – nur für interne Zwecke – in Datenverarbeitungsanlagen gespeichert.

Ich gehöre einer anderen Gewerkschaft an: ja / nein

Ort, Datum

Unterschrift

Änderungsanzeige

An den Bezirksverband
Berlin-Brandenburg
über den
Ortsverband: _____

Name: _____ **Vorname:** _____

geb. am: _____

Umzugsmeldung:

Alte Anschrift: _____

Neue Anschrift: _____

Namenswechsel:

Neuer Name: _____